

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 18, 4. September 2003

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4611 62 49
Btz: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Schmuddel-Schill

Von Helmut Lölhöfel

Der Rauschmiss des Hamburger Innensenators Roland Barnabas Schill hat das Aufflackern einer rechtspopulistischen Partei im Norden wahrscheinlich beendet. Ohne ihre Leitfigur wird die Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) nicht überleben. Auch wenn sie zum Fortbestand der Hamburger Landeskoalition noch ein Weilchen gebraucht wird.

Eine Perspektive für die mit fast 20 Prozent in die Hamburger Bürgerschaft eingezogene Schill-Partei war nie zu erkennen. Lokal hätte der rasende Roland noch etwas Furore gemacht, aber weder in anderen Ländern noch bundesweit gab es reale Chancen für seine Gründung – auch wenn sie in Bremen nur knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb. Die fast zweijährige Amtszeit des ehemaligen „Richters Gnadenlos“ war eine Serie von Entgleisungen, Provokationen und Affären. Der Hamburger Erste Bürgermeister Ole von Beust (CDU) hätte seinen halbseidenen Partner schon längst entlassen müssen und nicht erst, als Schmuddel-Schill ihm persönlich unter die Gürtellinie ging.

Niemand könne sagen, dass er ein schlechter Innensenator sei, hatte Beust seinem Bürgermeister-Stellvertreter bescheinigt. Das lässt Schlimmes ahnen. Denn Schill hat in Hamburg mit Beusts Billigung ein bösartiges Klima der Repression und der Ausgrenzung geschaffen, das Ausländerrecht gebeugt und den Rechtsstaat nach rechts gedreht. Es ist zu befürchten, dass CDU und FDP mit den PRO-Resten, die ja der Politik ihres Idols nicht von einem auf den anderen Tag tschüss sagen werden, diesen Trend fortsetzen.

Vielleicht gelingt es der CDU ja, ähnlich wie der ÖVP in Österreich, einen rechtspopulistischen Koalitionspartner durch Umarmen zu zerdrücken und dabei selbst stärker zu werden. Das wäre wieder ein Beleg für die These, dass solche Parteien selbst mit einigermaßen attraktiven Spitzenfiguren nur kurzfristig Zulauf gewinnen, aber dauerhaft keine Aussichten haben.

Unterwanderung

Vertreter der extremen Rechten wollen sich in die globalisierungskritische Organisation ATTAC einklinken.

Seite 3 ■

„Wider den Zeitgeist“

Bei einem Kongress im Erfurter Dorint-Hotel treten zahlreiche rechtsextreme Historiker und Publizisten in Erscheinung.

Seite 4 ■

„Protest“ wählen

Den Republikanern droht bei der Landtagswahl in Bayern eine weitere Schlappe.

Seite 6 ■

Politischer Amoklauf

Der vermutlich letzte große Auftritt des Hamburger Ex-Innensenators Ronald B. Schill.

Seite 8 ■

Hass und Gewalt

Die angeklagten Musiker im „Landser“-Prozess bewegen sich allesamt seit vielen Jahren im neonazistischen Spektrum.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Am Rande**Riesiges Werbeportal****NPD wirbt mit Anzeige bei Google**

Bundesbürger, die sich im Internet über ein Thema informieren wollen oder Erklärungen für einen Begriff suchen, wählen zumeist die Seite von Google Deutschland an. Diese Suchmaschine ist zurzeit die beliebteste in der Bundesrepublik. Branchendienste bezeichnen Google Deutschland als Marktführer und sprechen von rund 600 Millionen Suchanfragen monatlich. Das bedeutet, mit einer kleinen Werbeanzeige, gleich rechts neben den Ergebnissfeldern, erreicht man bei Google Millionen von interessierten Internetnutzern. Die Werbeanzeigen erscheinen bei Google themenbezogen, das heißt, wer Informationen zu einem Reiseland sucht, erhält Werbung von Reiseunternehmen.

Wer sich jedoch zum Thema Rechtsextremismus bei Google informieren will und Begriffe wie „NPD“, „DVU“, „Republikaner“, aber auch „Aktionsbüro“ oder „Bündnis Rechts“ eingibt, der bekommt eine Werbeanzeige der „Deutschen Stimme“ gleich mit geliefert. Damit können die rechtsextremen Macher der NPD-nahen Zeitschrift auf ein riesiges Werbeportal zugreifen, welches ihnen sicherlich viele unkritische oder nichtsahnende Besucher beschert. Auf den Internet-Seiten der Zeitung beschwört der DS-Chefredakteur seine Leserschaft: „Die Deutsche Stimme muss stärker werden, damit auch Deutschland stärker wird“. Das seit 1976 erscheinende Blatt, eines der führenden Organe der Neonazis, wirbt um weitere Leser: „Jedes Abonnement der Deutschen Stimme“, heißt es auf der eigenen Homepage, „ist damit ein Schlag ins Gesicht der Herrschenden, jeder Leser ein 'geistiger Soldat' für ein anderes – ein besseres, ein wirklich anständiges Deutschland“.

Die private Internetfirma Google, mit Hauptsitz in Kalifornien, scheint keine Bedenken gegenüber solchen nationalistischen Ambitionen zu haben. „Anzeigen werden bei uns nach bestimmten policies überprüft“, ist die einzige Antwort, die eine Repräsentantin von Google Deutschland in Hamburg offenbar geben darf. Auf den Hinweis, dass es sich aber bei der NPD um eine speziell deutsche Problematik handelt, wiegelt sie ab und verweist lediglich auf die dafür zuständige Public-Relation-Abteilung in den USA.

Andrea Röpke

Aus der Szene**Brandzeichen****SS-Totenkopf als Tätowierung am Kopf**

Selbst in sehr heißen Monaten empfiehlt sich für manchen Neonazi hochgeschlossene Kleidung. Zu ihnen gehört Michael Krick. Zu seiner Verhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten erschien er im dicken Pullover. Der hochgeschlagene Kragen sollte einen SS-Totenkopf verdecken, den sich Krick auf den Hinterkopf hat tätowieren lassen. In Deutschland ist dieses Symbol als Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation verboten. Dem 26-Jährigen, der unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates vorbestraft ist, brachte das SS-Symbol ein weiteres Urteil ein: sechs Monate ohne Bewährung.

Am 29. Januar 2000 war Krick weniger vorsichtig gewesen: Als erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik 600 Neonazis – „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ grölend – durchs Brandenburger Tor ziehen durften, hatte er trotz des eisigen Windes mehr Kopf gezeigt. Und sich damit die Anzeige eingehandelt, weil ein Polizist den SS-Totenkopf erspähte. Der Verhandlung in Berlin und einer weiteren in Dortmund, die im Frühjahr 2001 stattfinden sollten, entzog er sich. Krick verschwand in die Niederlande, wo er durch militante Reden und sein Plädoyer für ein terroristisches Konzept auffiel.

Nach langem Hin und Her lieferte Den Haag Krick, gegen den wegen Nichterscheins vor Gericht Haftbefehl erlassen worden war, Ende April 2003 aus. Ende Mai verurteilte ihn das Amtsgericht Dortmund unter anderem wegen Volksverhetzung zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung. In Berlin kamen nun noch einmal sechs Monate hinzu. Die Berufung gegen das Dortmunder Urteil hat Krick, der wieder auf freiem Fuß ist, zurückgezogen. Nach BnR-Informationen soll er wieder in den Niederlanden wohnen. In einem holländischen Internetforum klagte Anfang August ein User, hinter dessen Pseudonym Krick vermutet werden kann, über das Berliner Urteil: „Jedes Mal wenn er den Totenkopf erneut zeigt, kann er wieder verurteilt werden“. Da muss es Neonazis, die ihre Gesinnung offen auf den Kopf tätowieren lassen, sicherer und bequemer erscheinen, zumindest die wärmeren Monate jenseits der Landesgrenzen zu verbringen. *T.S.*

Hintergrund

Umarmungsversuche

Exponenten der extremen Rechten versuchen, bei ATTAC mitzumischen.

Die beiden führenden Aktivisten der globalisierungskritischen Organisation ATTAC Sven Giegold und Lioba Diez legen viel Wert auf internationale Vernetzung. Doch die Polen-Reise, die der ATTAC-Sprecher und die Osteuropaexpertin der Organisation vor einigen Wochen unternommen haben, diente einem anderen Zweck. Sie wollten dort Vorwürfe untersuchen, dass ATTAC-Polen von Rechtsextremisten unterwandert wäre.

Die polnische Vereinigung „Nie wieder“, die auch eine gleichnamige Zeitung herausgibt, hatte im 15-köpfigen Gründerkreis von ATTAC-Polen zwei Personen ausgemacht, die sich seit Jahren in der neuen Rechten und bei den nationalistischen Heiden betätigen und für rechtsextreme Zeitungen schreiben. Dazu gehört der Chefredakteur des Magazins „Obywatel“ (Der Bürger) Remigiusz Okraska. Sein Blatt wird als zumindest halb-offizielles Organ von ATTAC in Polen wahrgenommen. Rafael Pankowski von der Organisation „Nie wieder“ wirft dem Blatt eine klassische Querfrontstrategie vor: „Dort sind eine Menge Artikel zu lesen, die man in solch einer Zeitung erwartet – zu Ökologie und Globalisierung –, aber es gibt auch Beiträge, die offen extrem rechte Positionen abdecken. Kürzlich veröffentlichten sie einen Artikel vom Vertreter der National-Bolschewistischen Partei, in anderen Beiträgen wurde offen mit dem französischen Faschisten Le Pen sympathisiert ... Die Sympathie für die extreme Rechte ist eindeutig.“

Auch deutsche Rechte dürfen dabei nicht fehlen. So hat „Obywatel“ kürzlich unter dem Titel „Globalisierung als höchste Form des Imperialismus. Für die Wiederauferstehung der deutschen Nation“ einen Artikel von Horst Mahler veröffentlicht. An die Öffentlichkeit geraten war die rechte Schlagseite von ATTAC-Polen schon im Dezember 2001 durch einen Offenen Brief, den „Nie wieder“ gemeinsam mit einer Gewerkschaftspublikation und einer Intellektuellen-Zeitschrift gleichzeitig an ATTAC-Frankreich und ATTAC-Polen richtete.

Der jetzige Besuch der beiden deutschen ATTAC-Funktionäre wurde in Polen nicht unkritisch gese-

hen. Sie sollten erst mal bei ATTAC-Deutschland nach den Rechten sehen, wurde ihnen angeraten. Schließlich ist auch unter deutschen Globalisierungskritikern eine Grundsatzdiskussion über den Umgang mit rechten Gruppierungen entbrannt. Auslöser ist das rechtspopulistische Bündnis für Frankfurt (BFF), das sich seit einigen Wochen gemeinsam mit ATTAC und anderen Organisationen in dem Bündnis „Rettet unsere U-Bahn“ am Protest gegen die Privatisierung der U-Bahn beteiligt.

Das BFF hat sich im Jahr 2000 federführend an der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft beteiligt. Kritiker werfen der Regionalgruppierung vor, dass sie dabei gezielt rassistische Ressentiments geschürt habe. Auch nationalistische Forderungen finden sich im Programm. So soll dem Schutz und der Pflege der deutschen Sprache ein hoher Rang eingeräumt und in den Schulen das Fach Heimatkunde wieder eingeführt werden. „Wer gestalten will, darf auf jene Werte und Tugenden nicht verzichten, die sich in der Vergangenheit bewährt haben“, heißt es im Programm. Das BFF weist alle Vorwürfe zurück und spricht von „links-extremistischen Verleumdungen“.

Der Streit geht quer durch ATTAC-Frankfurt. Während Michael Friedrich, einer der regionalen ATTAC-Sprecher, von einer Phantom-Diskussion spricht und vor Linkssektierertum warnt, fürchtet Gründungsmitglied Thomas Seibert von der Hilfsorganisation Medico International um das Selbstverständnis der Organisation. „Die Leute vom BFF sind keine offenen Nazis. Doch sie sind so weit rechts – das ist für ATTAC nicht mehr akzeptabel.“ Seibert geht es dabei um eine Grundsatzentscheidung: „Es geht um den Unterschied zwischen einer emanzipatorisch-demokratischen und einer reaktionären und nationalistischen Globalisierungskritik“. Er rät ATTAC, sich an den Grünen ein Beispiel zu nehmen. Die hätten sich in der Gründungsphase bald von den rechten Ökologen um Herbert Gruhl und Baldur Springmann getrennt.

Doch es scheint schon aus organisatorischen Gründen fraglich, ob ATTAC rechte Umarmungsversuche so in den Griff bekommen wird. Schließlich ist der Streit älter als die Organisation. Schon 1999 riefen Mitglieder der rechten Kleingruppe ALSO (Association Liberal Sociale Ordnung) um die Mahler-Freunde Bernhard Heldt und Irmgard Kohlhepp in Berlin zur Gründung einer ATTAC-Gruppe auf, hatten damit aber keinen Erfolg. Mittlerweile agieren sie unter den Namen alsoATTAC. *Peter Nowak*

Aktivitäten**Lauter alte Bekannte**

Bei einem Kongress in Erfurt treten zahlreiche Revisionisten ans Rednerpult.

Unter dem Motto „USA – Die maßlose Weltmacht“ findet im Erfurter Dorint-Hotel Ende September eine vom Druffel-Verlag und der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ ausgerichtete Tagung statt. Verlag und Zeitschrift sind in den Händen des Inninger Verlegers Gert Sudholt. Beim „3. Wochenende Erlebnis Geschichte“ geben sich eine ganze Reihe einschlägig in rechtsextremen Zusammenhängen in Erscheinung getretener Historiker und Publizisten die Klinke in die Hand. Diverse Autoren, die in Sudholts Verlagen veröffentlichen, sind dabei.

Dazu gehört der Brite Martin Allen, von dem im Druffel-Verlag „Lieber Herr Hitler ...“, ein Werk über die Verbindungen des Herzogs von Windsor zu den Nationalsozialisten, erschienen ist. In Erfurt referiert er über „Die geheimen deutsch-englischen Friedensgespräche vom Kriegausbruch 1939 bis zum Heß-Flug am 10. Mai 1941“. Ins Deutsche übersetzt wurde Allen's Buch von Olaf Rose, der ebenfalls im Tagungsprogramm als Redner auftaucht. Rose kam im Mai in die Schlagzeilen, als der bei der Stadt Herne beschäftigte Historiker wegen seiner Kontakte zur rechten Szene entlassen wurde. Er hatte in Herne zum Thema Zwangsarbeiter geforscht. In Sudholts Vowinkel-Verlag hat er „U-751 – Triumph und Tragödie eines deutschen U-Bootes“ publiziert. Außerdem trat er als Autor der „Deutschen Geschichte“ sowie der inzwischen eingestellten Zeitschrift „Opposition“ in Erscheinung. In Erfurt will das Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft seine Zuhörer über „Die US-amerikanische Besatzungspolitik vom Ersten Kubakrieg bis zum Zweiten Irakkrieg“ informieren.

Walter Posts Thema ist „Der Ausgriff der USA in den pazifischen Raum“. Der Militärgeschichtler, der sich kürzlich im Grabert Verlag über die „Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“ verbreitete, schrieb unter anderem in der „Jungen Freiheit“, „Aula“ und der „Deutschen Militärzeitschrift“. Als Referent sprach er bei den „Kärntner Kulturtagen“ des Kulturwerks Österreich und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Im selben Milieu bewegt sich Konrad Pingel: Der Oberstleutnant a. D., der Beiträge für die „Staatsbriefe“

und die „Aula“ verfasste, zählte zu den Gästen der „11. Kärntner Kulturtage“ im vergangenen Oktober in Sirnitz. Zu Gast war er auch bei der revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt. In Erfurt weiß Pingel über die „Geopolitik und Geostrategie der USA“ zu berichten.

Gern gesehener Redner und Multiaktivist in rechtsextremen Kreisen ist Wolfgang Juchem, Sprecher der Aktion Freies Deutschland. Die Liste seiner Auftritte ist lang: Er sprach unter anderem auf Veranstaltungen der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der Gesellschaft für freie Publizistik (2. Vorstand: Gert Sudholt), der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, beim Verein für naturgemäßes Leben und den Hetendorfer Tagungswochen. Ende Juni 2003 kreuzte Juchem bei einer vom NPD Kreisverband Saalfeld/Rudolstadt und der Freien Kameradschaft Rudolstadt organisierten Saalveranstaltung auf. Zweiter Referent war der Landesvorsitzende der NPD Thüringen Frank Schwerdt. Juchems Thema, mit dem er auch in Erfurt antreten will, war: „Politik der nackten Gewalt“.

Neben Dankwart Kluge und Wolfgang Effenberger soll auch Volker Biek das Wort ergreifen. Der Diplom-Volkswirt trat unter anderem als Autor der „Sachsenstimme“, dem Organ der NPD Sachsen, in Erscheinung. In Sudholts Verlagsgemeinschaft Berg publizierte er „Der deutsche Weg. Unser nationaler Aufbruch ins 21. Jahrhundert“. Seine Thesen über eine „deutsche Nationalökonomie“ trug er bereits bei der Deutschen Akademie und beim Unabhängigen Arbeitskreis Wirtschafts- und Finanzpolitik vor. Im August war Biek bei der Europäischen Sommeruniversität der saarländischen NPD neben NPD-Chef Udo Voigt, Bernhard Schaub und Horst Mahler als Redner angekündigt.

Zum Schluss der dreitägigen Tagung ist ein Auftritt von Pierre Krebs geplant, der Vorsitzende des Kassler Thule-Seminars ist, einer Denkfabrik der „Neuen Rechten“. Zuletzt war der Ideologe bei einem vom Deutsche Stimme Verlag im Mai erstmals ausgerichteten „Freiheitlichen Kongress“ zugange.

Zum wiederholten Mal findet in einem ostdeutschen Dorint-Hotel eine derartige Tagung statt: 1997 und 1998 führte die Gesellschaft für freie Publizistik im Geraer Dorint-Hotel ihren „Deutschen Kongress“ durch. Für 234 Euro inklusive Mahlzeiten kann der Besucher in Erfurt Zeitgeschichte „wider den Zeitgeist“ goutieren. *Magnus Bosch*

Aktivitäten**Gedrängel am Rand**

Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung – extrem rechte Parteien wittern Morgenluft.

Eine rekordverdächtig hohe Zahl von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und politisch Frustrierten bedeutet stets Oberwasser für rechtsgestrickte Parteien. Eine Bestätigung für diese These liefern auch die für den 28. September dieses Jahres angesetzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im rund 119 000 Einwohner zählenden Bremerhaven. Denn dort geben sich gleich vier Parteien mit zugelassenen Wahlvorschlägen ein Stelldichein, die deutlich rechts stehend von der CDU einzuschätzen sind. Stimmberechtigt sind 88 500 Bürgerinnen und Bürger.

Während die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) keine politische Programmatik im klassischen Sinne entwickelt hat, versucht die auch als Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) bekannte Schill-Partei mit einem umfassenden Bremerhaven-Konzept zu punkten. In ihm dominiert – wenig überraschend – der Bereich der Verbrechensbekämpfung und Inneren Sicherheit. Die Schill-Partei hat sieben Kandidaten aufgestellt. An der Spitze steht der 32 Jahre alte Versicherungskaufmann Thomas Schulz, der auch als ein besonders eifriges Fanclub-Mitglied des populären Bremerhavener Eishockey-Vereins REV Wählerstimmen sammeln will. Schulz hatte bereits bei der bremischen Bürgerschaftswahl Ende Mai dieses Jahres als Spitzenkandidat den Einzug in ein Parlament probiert. Damals fehlten nur wenige Stimmen und die Schill-Partei wäre in das Landesparlament gekommen: In Bremerhaven hatten 2215 Menschen bei ihr das Kreuz gemacht, was 4,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen entsprach. Durch die aktuelle Affäre um Hamburgs Ex-Innensenator Ronald Schill fühlt sich die Schill-Partei auch in Bremerhaven nicht gerade gestärkt. Dennoch plakatiert sie Plakate mit dem Konterfei des einstigen „Richters Gnadenlos“.

Mit einem zahlenmäßigen Hintergrund von 4,8 Prozent dürfte die Schill-Partei die schärfste Konkurrenz für die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) darstellen. Die DVU, die Partei des „National-Zeitungs“-Verlegers Gerhard Frey, sitzt bereits seit 1991 in der Stadtverordnetenversamm-

lung der Seestadt, in der eine Große Koalition aus SPD und CDU regiert; Oberbürgermeister ist der Sozialdemokrat Jörg Schulz. Im städtischen Parlament bietet die DVU zurzeit drei Mitglieder auf. Als DVU-Fraktionschef fungiert Siegfried Tittmann, seit 1999 auch Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, also einziger Landtagsabgeordneter der Frey-Getreuen im kleinsten Bundesland. Ihm wird ein besonders enges Verhältnis zu dem Münchner Verleger nachgesagt. Am Abend der Bürgerschaftswahl wurde das unter anderem bei einem Fernsehinterview deutlich, in dem Tittmann kaum mehr zu sagen hatte als dickes Lob und großen Dank für die Unterstützung durch Gerhard Frey.

Ein gutes Abschneiden der DVU bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung dürfte – realistisch betrachtet – schwer zu verhindern sein. Schließlich gelang ihr bei der Bürgerschaftswahl in Bremerhaven ein Stimmenergebnis von 7,1 Prozent im Vergleich zu 6 Prozent bei dem Urnengang 1999. Damit überrundeten Tittmann und seine Mannen sogar die FDP; die DVU reihte sich als viertstärkste Partei Bremerhavens ein.

In Bremerhaven propagiert die DVU die Parolen vom Kaliber „Ausländer rein? Nein!“, die sie auch schon bei der Bürgerschaftswahl gestreut hatte. Von einer intensiven Auseinandersetzung mit Bremerhavener Problemen merkt man weder bei den Plakaten noch bei den Auftritten Tittmanns in der Stadtverordnetenversammlung etwas.

Weniger gut da steht dagegen die Deutsche Partei (DP). Immerhin schaffte sie es nun unter der Leitung des Kreisvorsitzenden und Spitzenkandidaten Claus Cira, genügend Unterstützungsunterschriften zusammen zu bekommen, im Gegensatz zur Bürgerschaftswahl. Auf ihrer Kandidatenliste stehen sechs Personen.

Thomas Klaus

Hinweis

Potsdam – Dem Austausch über die Themen Rechts-extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit soll eine vom 9. bis zum 12. September in Potsdam stattfindende Fachkonferenz dienen. Rund 150 Experten aus Justiz und Jugendarbeit werden über Erscheinungsweisen, Präventionskonzepte sowie Aspekte und Modelle des Strafvollzugs diskutieren. Kontakt und Anmeldung: Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland, Tel. 030 / 76884187 / 188, Fax. - /76884190; E-Mail: bundesverband@jugendrechtshaus.de; www.jugendrechtshaus.de

Aktivitäten**„Nicht mit uns!“**

Nach 20 Jahren droht jetzt den Republikanern bei der Landtagswahl in Bayern wohl der endgültige Niedergang.

München ist für die Republikaner ein historisches Pflaster: Vor fast genau 20 Jahren, am 27. November 1983, wurden die REP in der bayrischen Landeshauptstadt gegründet. 600 Personen nahmen damals am Gründungskongress im Hotel Hilton teil. Ins bayrische Landesparlament schafften es die Rechten um den damaligen Vorsitzenden Franz Schönhuber aber nie.

Noch heute schwärmen die bayrischen Republikaner von der Wahl 1990. Lange sah es am Wahlabend so aus, als hätte man die Fünf-Prozent-Hürde gepackt. Doch am Ende waren es nur 4,9 Prozent. Ein nie wieder erreichtes Ergebnis. Vier Jahre später waren es nur noch 3,9 Prozent und bei der letzten Landtagswahl 1998 mussten sich die Republikaner mit 3,6 Prozent zufrieden geben. Ein Resultat, da sind sich die Beobachter sicher, das in diesem Jahr wohl nicht wieder erreicht wird. Nach aktuellen Umfragen liegen alle Kleinstparteien zusammen bei rund 4 Prozent.

■ **„Goldzähne für Asylbewerber“** ■

Auch bei der Landtagswahl in Bayern jetzt am 21. September dieses Jahres zielen die REP wieder mal auf den rechten Protestwähler. „Protest jetzt!“ steht auf den hellblauen Plakaten in weißer Schrift, ganz in bayrischen Farben gehalten. Eine bescheidene Botschaft, die kaum ausreichen wird, um ins Landesparlament einzuziehen. Doch auf die gewohnten fremdenfeindlichen Slogans wollten die extrem rechten Wahlstrategen nicht ganz verzichten. Die moderne Version von „Das Boot ist voll“ heißt „Goldzähne für Asylbewerber, Zahnlücken für Deutsche – Nicht mit uns!“

Ausländerfeindlichkeit ist auch nach 20 Jahren der Kern des Wahlprogramms der Republikaner. Nicht nur die „konsequente Abschiebung kriminell gewordener Ausländer“ und „Solidarität mit dem eigenen Volk“ wird versprochen, man will auch gleich das „Schengener Abkommen“ aufkündigen und die Grenzen Bayerns strenger kontrollieren.

Noch besser: Unter dem Punkt „Mut zur Erziehung und zu konservativen Werten“ planen die REP getrennte Schulklassen für Ausländer und deutsche Kinder.

Spitzenkandidat der Republikaner in Bayern ist der 52-jährige Kaufmann Johann Gärtner, Landesvorsitzender seit 1995 und einer der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer. Gemeinsam konnten sich die beiden im vergangenen Jahr im internen Machtkampf gegen den früheren REP-Landeschef von Baden-Württemberg Christian Käs durchsetzen, der die Partei weiter nach rechts steuern wollte.

Die parteiinterne Zerreißprobe ist zwar überstanden, der Niedergang der Republikaner aber wohl unaufhaltsam. Und nach der deutlichen Schlappe in der REP-Hochburg Baden-Württemberg im vergangenen Jahr ist das Boot weiter am Sinken. Denn viele Wahlergebnisse mit einer eins oder zwei vor dem Komma wird die Partei nicht mehr verkraften.

Benny Bender

Demokratische Initiativen**Auszeichnung für Miteinander**

Der Magdeburger Verein Miteinander e.V. wird mit dem „Julius-Rumpf-Preis“ geehrt. Die Auszeichnung soll das besondere Engagement von Miteinander gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie würdigen. Aber: „Die Preisverleihung soll zugleich ein Appell an die Landesregierung sein, den Verein nicht in seiner Existenz zu gefährden“, heißt es vonseiten der Martin-Niemöller-Stiftung an die Adresse der Magdeburger CDU/FDP-Koalition, die Miteinander e.V. die Zuschüsse erheblich gekürzt hatte. Die in Wiesbaden ansässige Martin-Niemöller-Stiftung verleiht den mit 7500 Euro dotierten Preis seit 2000 alljährlich. Miteinander e.V. habe sich durch seine auf ländliche Regionen konzentrierte Arbeit sowie durch seine große Aktivitätsspannbreite von der direkten Opferunterstützung bis hin zur Ursachenanalyse hervor getan und gehöre zu den Initiativen in Deutschland, die der Verharmlosung von fremdenfeindlicher Gewalt und rechtsextremem Gedankengut öffentlich entgegengetreten, so die Stiftung. Die Verleihung soll am 14. September in Magdeburg stattfinden. Neonazis haben angekündigt, am gleichen Tag eine gegen die Preisvergabe gerichtete Mahnwache in der Stadt abzuhalten.

Demokratische Initiativen

Verdiente Ehrung

Ralf Giordano wird mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet.

Wenn der Zentralrat der Juden in Deutschland alljährlich im Herbst seinen Leo-Baeck-Preis verleiht, versammelt sich vor Ort immer eine recht illustre Gesellschaft. Wissenschaftler, Künstler, Politiker und Leute, die sich für prominent halten, geben sich die Ehre. Es ist nämlich eine Auszeichnung, vom Zentralrat eingeladen zu werden, weil die Zahl der Plätze stets beschränkt ist. Daran hat sich nichts geändert, seit der Zentralrat seinen Sitz von Bonn nach Berlin verlegt hat und der Preis dort im Centrum Judaicum ausgehändigt wird. Zum Ritual gehört es, dass ein Laudator sich mit dem neuen Mitglied der Baeck-Gemeinschaft beschäftigt. Danach ist der Ausgezeichnete selbst dran. Die Ansprachen haben ein hohes Niveau, da jeder Zeit hat, sich darauf vorzubereiten. Der Zentralrat teilt dem Preisträger rechtzeitig die Ehrung mit.

Ralph Giordano (80) wurde „als Autor und Journalist, als Mahner gegen Rechtsradikalismus und gegen das Verdrängen des Holocausts und den damit verbundenen Geschichtsrevisionismus“ geehrt. Außerdem sei er ein „mutiger Streiter für Zivilcourage und Menschlichkeit und engagierter Werber für den Frieden in der Welt.“ Der mit 10 000 Euro dotierte Preis ist die einzige Auszeichnung, die der Zentralrat seit seiner Gründung im Jahr 1950 verleiht. Es dauerte allerdings sechs Jahre, ehe das oberste Gremium der damals in der Bundesrepublik lebenden Juden beschloss, eine Auszeichnung zu stiften. Das war 1956. Peter Adler erhielt 1957 den Preis als Erster. Ein Jahr später wurden gleichzeitig drei Männer geehrt: der berühmte Judaist Ernst Ludwig Ehrlich aus der Schweiz und die beiden Schriftsteller H. G. Adler und Erwin Sylvanus. Adler ist als Häftling von Theresienstadt schlechthin der Fachmann für die Geschichte dieses KZs, Sylvanus hat sich mit seinem Drama „Korczak und die Kinder“ um das Andenken des polnischen Kinderarztes und Sozialpädagogen Janusz Korczak verdient gemacht. Als Leiter eines jüdischen Waisenhauses in Warschau hat Korczak freiwillig seine Kinder ins Gas von Treblinka begleitet. Weitere Preisträger waren unter anderem der weltbekannte Schriftsteller Josef Wulf, die Judai-
stin Pnina Nave-Levinson, der Wiedergutma-

chungsexperte Franz Böhm, der legendäre Generalsekretär des Zentralrats, Henrik George van Dam, die Berliner Politikerin Jeanette Wolf, der ehemalige NRW-Justizminister Josef Neuberger, der Schriftsteller Robert Weltsch, Richard von Weizsäcker, Johannes Rau, Helmut Kohl, Roman Herzog, Hans-Jochen Vogel und im vergangenen Jahr Iris Berben. Mitte der 80er Jahre scheint es kaum jemanden gegeben zu haben, der preiswürdig gewesen ist, denn von 1982 bis 1987 wurde der Preis überhaupt nicht verliehen. Das war insgesamt 15 Mal der Fall, während in anderen Jahren mehrere Preisträger sich die Dotation teilen mussten.

Benannt ist die Auszeichnung nach Leo Baeck, einem der berühmtesten deutschen Rabbinen. Baeck, geboren 1873 in Lissa in der damals deutschen Provinz Posen, studierte in Breslau und Berlin, wo er 1897 zum Rabbiner ordiniert wurde. Dann ging er zurück in Deutschlands Osten, war von 1897 bis 1907 Rabbiner in Breslau, danach bis 1912 in Düsseldorf, ehe er sich in Berlin niederließ. Neben seinem Amt als Rabbiner schrieb der liberale Baeck viele Aufsätze und berühmt gewordene Bücher wie „Das Wesen des Judentums“ – eine Antwort auf den antisemitischen Wälzer „Das Wesen des Christentums“ des protestantischen Theologen Adolf von Harnack. 1922 wählte der deutsche Rabbinerverband Baeck zu seinem Vorsitzenden, wenig später rückte er in den Vorstand des „Centralvereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens“ auf sowie in internationale jüdische Vereinigungen. Das war insofern von Bedeutung, als Leo Baeck kein Zionist war, also nicht die Meinung vertrat, alle Juden sollten in einem eigenen Staat in Palästina leben. Nach der Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 wurde Baeck mehrfach von der Gestapo in „Schutzhaft“ genommen. Er durfte lange Zeit ins Ausland reisen, auch im Sommer 1939 kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und damit des Holocausts, doch er kam immer wieder zurück nach Berlin in die Kantstraße 158, dem Sitz der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“.

Anfang 1943 verschleppten die Nazis Deutschlands berühmtesten Rabbinen ins KZ Theresienstadt bei Prag. Baeck überlebte den Holocaust, ging nach der Befreiung nach London und widmete sich dort der Forschung und Lehre des Judentums. Gleichzeitig war er als Professor für Religionsgeschichte am Hebrew Union College in Cincinnati/USA tätig. Leo Baeck starb 1956 in London, sein Name ist unvergessen, wie der Leo-Baeck-Preis zeigt.

Heiner Lichtenstein

Grauzone

Rasanter Abstieg

Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust hat Innenminister Ronald Schill nach dessen „Outing“ geschasst – Koalition steht auf der Kippe.

Der Donnerschlag erschütterte Hamburg ohne jede Vorwarnung: Nach der Entlassung des umstrittenen Innensenators Ronald Barnabas Schill durch Bürgermeister Ole von Beust (CDU) ist der Hamburger Regierungsdampfer mächtig ins Wanken geraten. Aus der Affäre um die dreisten Nebengeschäfte eines Staatsrats entwickelte sich eine handfeste Regierungskrise im Hamburger Rathaus, die den Fortbestand der Mitte-Rechts-Koalition aus CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) und FDP gefährdet.

Ein derartiges politisches Schmierentheater hatten sogar langjährige und hartgesottene Rathaus-Berichterstatter noch nicht erlebt. Am 19. August betrat der wenige Tagen zuvor aus dem Urlaub zurückgekehrte Bürgermeister Ole von Beust wenige Minuten nach 11.00 Uhr den großen Sitzungssaal 151. Vize Ronald Schill und Bausenator Mario Mettbach (beide PRO) hatten bereits Platz genommen. Zunächst zog der Christdemokrat routiniert den lange erwarteten Schlussstrich unter die Affäre Wellinghausen, die die Hansestadt wochenlang in Atem gehalten hatte. Er versetzte den 59-jährigen Innenstaatsrat in den einstweiligen Ruhestand und begründete die Maßnahme mit „den hohen Anforderungen des Senats an das Verhalten von Spitzenbeamten“. Dem ehemaligen Rechtsanwalt war eine Reihe von Verstößen gegen den Ehrenkodex eines politischen Beamten vorgeworfen worden: unerlaubte Nebentätigkeit als Aufsichtsrat einer Münchner Klinik, Begünstigung eines ehemaligen Mandanten, dubiose Honoraranweisungen durch eine Hamburger Radiologen-Praxis. Wellinghausen war seit Dezember 2001 im Amt.

Dann platzte die Bombe. Ole von Beust verkündete mit bebender Stimme die Entlassung des Zweiten Bürgermeisters. Die Begründung: Ronald Schill habe versucht, ihn zu erpressen: „In einem Vier-Augen-Gespräch heute Morgen um 9.40 Uhr in meinem Büro, um das Herr Schill mich gebeten hatte, drohte er mir – für den Fall der Entlassung des Staatsrats – publik zu machen, dass ich mei-

nen angeblichen Lebenspartner, den Justizsenator Dr. Kusch, zum Senator gemacht habe und damit Privates und Politisches verquickt habe. Ich habe daraufhin Herrn Schill meines Büros verwiesen. Seine Behauptung ist falsch und die Drohung ist ungeheuerlich.“ Ole von Beust gab zu, Kusch seit 25 Jahren zu kennen und ihm eine Wohnung vermietet zu haben. Für die habe Kusch ordnungsgemäß Miete und Nebenkosten gezahlt. „Das ist alles, absolut alles.“ Eine sexuelle Beziehung zu Kusch dementierte er später. Dann folgte die Generalabrechnung mit seinem ehemaligen Duz-Freund Ronald Schill, den von Beust als „charakterlich nicht geeignet, das Amt des Hamburger Senators weiterzuführen“, bezeichnete. Er wolle jedoch, betonte von Beust, an der Koalition festhalten. Nach dem Ende der Ausführungen herrschte zwei, drei Minuten lang Schweigen – angesichts der berufsbedingten Geschwätzigkeit der anwesenden Journalistenschar ein bemerkenswertes Ereignis.

■ **„Politischer Amokläufer mit stark narzisstischen Zügen“** ■

Erst die Frage eines Berichterstatters („Was sagen Sie dazu, Herr Schill?“) durchbrach die Stille. Der Angesprochene redete sich in den folgenden Minuten in Rage und plauderte im wohlbekannten Stil des Populisten auf unterstem Stammtischniveau über die homosexuellen Neigungen des Bürgermeisters. Der politische Hauptvorwurf in Richtung Ole von Beust lautete: „Sie messen mit zweierlei Maß!“ Schill spielte damit auf von Beusts Umgang mit dem Fall Wellinghausen an: „Dem Staatsrat ist vom Bürgermeister vorgeworfen worden, dass er politische und persönliche Belange auf unkorrekte Weise miteinander vermengt habe. Das kann man so sehen.“ Dann holte Schill zum Gegenschlag aus und erzählte, von Beust habe sich ihm gegenüber als homosexuell geoutet. In diesem Zusammenhang habe er von Beust daran erinnert, dass der seinen Lebensgefährten Roger Kusch zum Justizsenator gemacht habe. Der unterschiedliche Umgang mit beiden Vorgängen widerspreche, so Schill, seinem Gerechtigkeitsempfinden. Der eigentliche Hintergrund: Schill war empört darüber, dass von Beust seinen „verdienten Staatsrat ohne Rücksprache in die Wüste“ geschickt habe. Noch eine abschließende Bemerkung zu Schills Verständnis von Gerechtigkeit: Er selbst hatte vor zwei Jahren bei der Diskussion über die Zusammensetzung des Kabinetts lautstark seine damalige Freundin als Schulsenatorin ins Gespräch ge-

bracht – die Fraktion konnte diese Personalie nur unter großen Mühen verhindern.

Schill sagte, er hätte von Beust nicht öffentlich bloßgestellt, wenn der ihm nicht Erpressung vorgeworfen hätte. „Ich habe an von Beust nur appelliert, Gerechtigkeit walten zu lassen. Ich sehe es als ungleich schwerer an, was die Vermischung von persönlichen und politischen Interessen anbelangt, wenn man seinen Lebensgefährten zum Senator macht, als wenn man seine Freundin zur persönlichen Referentin macht.“ Schill spielte damit auf die erste Koalitionskrise an, als publik wurde, dass Bausenator Mario Mettbach (PRO) seiner Lebenspartnerin einen Rathausjob zugeschanzt hatte. Mettbach entschuldigte damals sich für sein Vorpreschen und entließ die junge Dame. Das Saubermann-Image, mit dem die Partei Rechtsstaatlicher Offensive im Bürgerschaftswahlkampf 2001 gepunktet hatte, bekam die ersten Kratzer.

Schills verbaler Amoklauf stürzte die Regierung in eine schwere Krise. Die Mitte-Rechts-Koalition ist die Folge der Bürgerschaftswahl vom Herbst 2001. Die nach Parteigründer Ronald Schill benannte neue politische Kraft in der Elbmetropole hatte den Christdemokraten Ole von Beust nach 40 Jahren sozialdemokratischer Vorherrschaft in den Bürgermeister-Sessel gehievt. Schill erhielt in einem von populistischen Parolen dominierten Wahlkampf aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen und 25 Mandate in der Bürgerschaft. Solch ein Ergebnis hatte noch keine politische Neugründung in der Bundesrepublik zuvor geschafft. Doch jetzt ist offen, ob die Mehrheit im Rathaus bröckelt. CDU, PRO und FDP verfügen zusammen über 64 Sitze, SPD und GAL kommen auf 57 Mandate. Während seines wortreichen Abgangs bei seinem wohl letzten großen Auftritt unkte Ronald Schill: „Ich habe Zweifel daran, dass alle PRO-Abgeordneten dazu zu bewegen sind, einen Nachfolger für mein Amt aus der Taufe zu heben.“ Zudem sehe er keine Mehrheit für Mitte-Rechts nach einer „sehr wahrscheinlichen Neuwahl“.

Das Aus für die Koalition droht, wenn sich eine Handvoll Schillianer weiter um ihren charismatischen Führer schart. Vier Gegenstimmen bei der Wahl des designierten Innensenators Dirk Nockemann (PRO) würden reichen, um dessen Aufstieg in das Amt zu verhindern. Davon wollen führende Partei-Repräsentanten allerdings nichts wissen: Fraktionschef Norbert Frühauf und Senator Mettbach, jetzt auch im Rang des Zweiten Bürgermei-

sters, rückten von Schill ab, forderten ihn mittlerweile sogar auf, das ihm zustehende Bürgerschaftsmandat nicht anzutreten. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rolf Rutter will einen Bruch der Koalition unbedingt verhindern: „Wir versuchen, die Abgeordneten bei der Stange zu halten. Ronald Schill hat kein Mandat, die Koalition zu beenden.“

Die Opposition teilte tüchtig Keile aus. „Das ist ein Tiefpunkt der politischen Kultur in Deutschland“, kommentierte SPD-Fraktionschef Walter Zuckerer. Schill habe bewiesen, dass er menschlich und politisch ungeeignet ist, ein Amt auszuüben. Auch die oppositionelle Grün-Alternative Liste (GAL) sprach von einem „unwürdigen und empörenden“ Auftritt. „Es musste aber jedem klar sein, dass Schill völlig skrupellos ist, sich an keine politischen oder menschlichen Regeln hält und politischen Anstand nicht kennt.“ Beide Parteien fordern Neuwahlen.

■ Schill-Partei ist eine „Hamburgensie“ ■

Wie geht es weiter mit Schill? Eine Entscheidung über dessen parteipolitische Zukunft soll der nächste Landesparteitag herbeiführen. „Jeder hat eine zweite Chance verdient. Deshalb soll er Landeschef bleiben“, sagte der PRO-Abgeordnete Frank-Michael Bauer. Die Posten als Vize-Bürgermeister und Innensenator sind futsch, Schill als Fraktionschef hatte die PRO verhindern können. Bleiben nur die Option auf das Abgeordnetenmandat und der Parteivorsitz in der Hansestadt. Unterdessen verkündete Schill, nicht wieder als Amtsrichter arbeiten zu wollen. Doch ohne seinen Job im Rathaus und das Richter-Amt fällt der geschasste Behördenchef weich – zumindest finanziell. Die nächsten drei Monate bekommt Schill 12 500 Euro, dann 22 Monate lang die Hälfte auf sein Konto überwiesen.

Politikwissenschaftler geben weder Schill noch seiner Partei eine Zukunft. Der Göttinger Professor Peter Lösche prophezeit der PRO bei der nächsten Bürgerschaftswahl ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. „Populistische Parteien verfahren so inkompetent, dass das, was sie kritisieren, produziert wird: Filz.“ Lösche beschrieb Schill als „politischen Amokläufer mit stark narzisstischen Zügen“. Die Hamburger Politologin Christiane Landfried schlug in die selbe Kerbe und bezeichnete die Schill-Partei als „Hamburgensie“, die ihren Keim in der Jahrzehnte währenden Vorherrschaft der SPD an der Elbe trage.

Volker Stahl

Ausland**Zeugen beeinflusst****Anklage gegen Matt Hale erweitert.**

Matt Hale, inhaftierter Pontifex Maximus der World Church of the Creator (WCOTC), befindet sich in immer ernsthafteren juristischen Schwierigkeiten. Dem publikationshungrigen WCOTC-Führer wird vorgeworfen, versucht zu haben, Richterin Joan Humphrey Lefkow ermorden zu lassen (BnR 14/03)

In der Anklage gegen Hale heißt es, er habe Ende 2002 versucht, eine Person zu finden, die die Tat ausführen solle. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass ein FBI-Informant aus dem engeren Umfeld der WCOTC-Führung die ausschlaggebenden Hinweise gegeben hat. In der neuesten Entwicklung hat das Gericht den Fall um einen weiteren Anklagepunkt erweitert. In einem vom FBI Mitte April abgehörten Telefongespräch zwischen Matt Hale und seinem Vater Russell hatte der seinen Vater angewiesen, in der bevorstehenden Gerichtsverhandlung falsch auszusagen. So sollte Russell Hale bei seiner Vernehmung angeben, sein Sohn hätte im Jahre 1999 einen Nervenzusammenbruch erlitten, als dieser von dem Amoklauf des WCOTC-Anhängers Benjamin Smith erfuhr. Smith hatte im Sommer 1999 innerhalb von einem Tag in Illinois und Indiana zwei Personen erschossen und neun Personen verwundet, bevor er sich selbst richtete. Von Anfang an hatte das FBI vermutet, dass Hale Benjamin Smith motiviert habe, Gewalttaten zu verüben, ohne dies jedoch beweisen zu können. Hale ist klar, dass dieser Punkt zentral im jetzt anstehenden Fall stehen wird und er seinerseits Zeugen braucht, die die Geschworenen davon überzeugen können, dass er Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehne und angesichts der Taten von Smith schockiert war.

Hales Verteidiger Thomas Durkin kritisierte unterdessen die Behörde für die Abhöraktion und monierte, dass sein Mandant unter Bedingungen inhaftiert sei, die normalerweise für Terroristen oder Figuren des organisierten Verbrechens reserviert seien. In der am 22. September in Chicago beginnenden Verhandlung will Hale aus Protest einen orangen Gefängnisoverall statt Anzug und Krawatte tragen, um, wie es Durkin formuliert, die Zustände im „Gulag“ zu zeigen, in den ihn der amerikanische Staat geworfen hätte. *Thomas Grumke*

Ausland**Extremer Hasser****Neonazi ermordet einen pädophilen Priester im Gefängnis.**

Der bekennende Neonazi Joseph L. Druce hat am 23. August im Hochsicherheitsgefängnis Souza-Baranowski Correctional Center in Lancaster, Massachusetts, einen Mitgefangenen, den katholischen Priester John J. Geoghan, erdrosselt. Geoghan, 68, löste 2001 durch die sexuelle Belästigung von bis zu 150 Jungen einen bis heute anhaltenden Skandal in der katholischen Kirche der USA aus.

Druce sitzt eine lebenslange Strafe wegen Mordes ab und fiel bereits im letzten Jahr als strammer Rechtsextremist auf, als er 39 jüdischen Anwälten mit Hakenkreuzen versehene und mit einem weißen Pulver gefüllte antisemitische Drohbriefe schickte, um sich die Angst vor Milzbrand (Anthrax) zunutze zu machen. Eine vermutete Mitgliedschaft von Druce bei den rechtsextremen Aryan Nations konnte bislang nicht bestätigt werden.

Nach einem Bericht der „New York Times“ hatte Druce den Mord mindestens einen Monat im Voraus geplant. Nachdem er eine Unaufmerksamkeit der Wachen ausgenutzt hatte, um in Geoghan's Zelle zu gelangen, die gerade zum Mittagsausgang geöffnet worden war, fesselte Druce diesen mit einem T-Shirt und erdrosselte ihn mit einem eigens präparierten Schnürsenkel. Danach sprang der Täter mehrmals von einem Bett auf den Körper des Opfers. In der anschließenden Vernehmung soll sich Druce ausgesprochen stolz auf seine Tat geäußert haben.

Offen bleibt die Frage, wie sich der als extremer Juden-, Schwarzen- und Schwulenhasser berüchtigte Druce dem weithin bekannten „Kinderschänder“ Geoghan in dem Isolationsgefängnis überhaupt nähern konnte. In nahezu allen amerikanischen Bundesgefängnissen treibt die rechtsextreme und gewaltbereite Aryan Brotherhood (kurz: AB; BnR 10/03) ihr Unwesen, auf deren Rechnung mehrere Dutzend Morde und Mordversuche gehen. Ob die Ermordung Geoghans eine von AB-Zusammenhängen geplante Tat war, werden die im Gange befindlichen Untersuchungen erbringen müssen und auch die Auswertung von Filmmaterial der 300 Kameras im Gefängnis dauert an. *T.G.*

Hintergrund

Überzeugungstäter

Die Angeklagten im „Landser“-Prozess sind allesamt seit vielen Jahren im neonazistischen Spektrum aktiv.

Gegen die Mitglieder der Skinhead-Band „Landser“ wird seit dem 24. Juni 2003 vor dem Berliner Kammergericht verhandelt. Der Generalbundesanwalt hatte mit Schrift vom 9. September 2002 vor dem 2. Strafsenat gegen Michael Regener (Jg. 1965), Andre Möhrcke (Jg. 1967) und Christian Wenndorff (Jg. 1975) Anklage wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und anderer Straftaten erhoben. In dem Verfahren sollen insgesamt 75 Zeugen vernommen werden. Weitere Verhandlungstermine sind Angaben der Justizpressestelle zufolge vorerst bis 17. September angesetzt.

Die neonazistische Band wurde 1992 von Sören Brauner, Horst Schott und Andreas Lenhard gegründet. Der Name „Landser“ lehnt an den Titel einer gleichnamigen periodischen Druckschrift an. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, als Mitglieder der kriminellen Untergrundvereinigung „Landser“ durch Verbreiten von Tonträgern („Republik der Strolche“, „Deutsche Wut – Rock gegen Oben“, „Ran an den Feind“, „Best of Landser“) in volksverhetzender Weise zu Hass und Gewalt gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt, die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen, zu rechtswidrigen Taten aufgefordert und die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft und verächtlich gemacht zu haben. Propagiert wurde von „Landser“ unter anderem die Tötung der Juden durch Bombardierung Israels und die Tötung der Verantwortlichen für die Wehrmachtsausstellung. Ferner wurden die Brandanschläge in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) bejubelt und ihre Auswirkungen gut geheißt. Aufgerufen hatten sie auch zur Vergiftung der Bevölkerung im Berliner Stadtteil Kreuzberg.

Eingespielt wurde die CD „Republik der Strolche“ bei dem zwischenzeitlich verstorbenen Neonazi Marcel Schilf im „Club Walhalla“ im schwedischen Helsingborg. Am Vertrieb der CD wirkten unter anderem Harald Mehr, Ingo Grönwald, Jens Hessler, Martin Richter, Steffen Hupka und Jens

Pühse mit. Im Aufnahmestudio von „Bound for Glory“ (BFG) in St. Paul/Minnesota in den USA wurde die CD „Deutsche Wut – Rock gegen Oben“ aufgenommen. Von den USA aus gingen die CDs an Ben Oreel („Viking Sounds“) in den Niederlanden. Am Vertrieb wirkten ebenso unter anderem Jens Hessler, Ingo Grönwald, Jens Pühse und Martin Richter mit. Bei „Panzerfaust Records“ (Anthony Pierpont), ebenfalls St. Paul/Minnesota, wurde die CD „Best of Landser“ aufgezeichnet. Die CD „Ran an den Feind“ produzierte Jan Werner. Die Pressung der CD organisierte der zwischenzeitlich aufgeflogene Verfassungsschutz-Spitzel Mirko Hesse. Für die Produktion und den Vertrieb von „Landser“-Kleidungsstücken war Ingo Grönwald aus Weimar zuständig.

Der Angeschuldigte Regener (alias „Lunikoff“, verkürzt: „Luni“) steht in dem dringenden Verdacht, als Sänger, Textverfasser und Bandleader Rädelsführer der kriminellen Vereinigung gewesen zu sein. Die vormalige Freundin von Regener, Nadin Freytag, war Herausgeberin der Szene-Publikation „Freya“. Während seiner U-Haft wurde Regener von dem NPD-Liederbarden Frank Rennie im Knast besucht. Der musikalische Autodidakt Wenndorff spielte parallel bei mehreren Skinhead-Bands, darunter „Razors Edge“, „Hate Society“, „Thorshammer“, „Aryan Brotherhood“ und „Proisenheads“.

Die Anklage des Generalbundesanwaltes richtet sich darüber hinaus gegen Jean-Rene Bauer (Jg. 1967), dessen Verfahren abgetrennt wurde. Bauer, vertreten von Rechtsanwalt Carsten Schrank, wird neben gefährlicher Körperverletzung und Nötigung die Unterstützung der kriminellen Vereinigung „Landser“ zur Last gelegt. Bauer war in der DDR – zuletzt im Rang eines Unterfeldwebels – Mitarbeiter der Stasi. Seine geschiedene Ehefrau ist beruflich in der NPD-Bundesgeschäftsstelle tätig. Als Bassist spielte Bauer auch bei den Skinhead-Bands „Legion of Thor“ und „KdF“ auf.

Mit Ausnahme von Wenndorff gehörten die Angeklagten der 1982 in der DDR gegründeten Vereinigung Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft an. Die circa 15-köpfige Neonazi-Gruppierung Vandalen, eine pseudo-germanische Riten pflegende und sich zu einem rassistisch ausgerichteten Neo-Heidentum bekennende Rockergang, unterhält seit etwa 1990 rege Kontakte zu anderen rechtsextremen Organisationen, darunter auch zur NPD.

Jean-Jacques Herbolzheim

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 31/32–35/03: JF-Chefredakteur Dieter Stein kritisiert die ablehnende Haltung besonders Außenminister Joschka Fischers zu einem Zentrum gegen Vertreibung in Berlin, der sei wohl „zu feige für einen eigenen nationalen Standpunkt“. Den „deutschen Bußprediger(n)“ – genannt werden unter anderem die CDU-Politikerin Rita Süssmuth und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse – gehe es doch nur „um den Bestand ihres monokausalen, hitlerzentrierten Geschichtsbildes“ und sie hätten Angst, „zusammen mit ihm im Orkus zu verschwinden“, hetzt Doris Neujahr. Auf's Korn nimmt sie Micha Brumlik, Direktor des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts, der „niederträchtig“ als „Oberzensor“ beim Suhrkamp-Verlag den Rückzug von der in die Kritik geratenen Veröffentlichung Ted Honderichs „Nach dem Terror“ erreichte, und sich der Verlag wegen seiner „Unfähigkeit, das Buch durchzukämpfen, kompromittiert“ habe. Der rechtsextreme Publizist Heinz Nawratil attackiert im JF-Interview die früheren Bundespräsidenten von Weizsäcker und Herzog, ersterer hätte die Kollektivschuldthese vehement lanciert und zementiert, letzterer sie gar modernisiert. Amtsnachfolger Johannes Rau, der seine Amtszeit mit „einem Appell gegen imaginierte ‘Ausländerfeindlichkeit’ in Deutschland“ begonnen habe, ist für Neujahr „einfach eine Fehlbesetzung. Thema ist wieder der „außer Rand und Band geratene“ (Stein) NRW-Verfassungsschutz, im Besonderen die für Oktober terminierte Fachtagung zur „Neuen Rechten“. Ins Visier nimmt Manuel Ochsenreiter neben dem „Linksextremisten“ und Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge unter anderem dessen Hamburger Kollegen Wolfgang Gessenhar, der „exemplarisch die Verquickung aus Verfassungsschutz und linksextremistischer Antifa-Ideologie repräsentiere“. Josef Schüßlburner, Beamter im Bundesverkehrsministerium und mehrfacher Autor rechtsextremer Blätter, habe gegen zwei Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzes, die sich als Referenten der Tagung „in den linksextremistischen ‘Kampf gegen Rechts’“ einordneten, Dienstaufsichtsbeschwerde eingeleitet, weiß die JF zu berichten. Klaus Hornung zufolge ist „der Kern der heutigen kollektiven Krise und Krankheit der Deutschen geistig-moralischer und historisch-politischer Natur“, was sich immer noch in der ausgebliebenen Wende von 1982 begründen würde. (gn)

Bücherschau**Propagandalügen**

„Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“, „Alle Ausländer sind kriminell!“ oder Ausländer leben auf unsere Kosten! Deshalb gibt es nur ein Mittel dagegen: Ausländer raus!“ Wer kennt sie nicht, diese und andere rechte Parolen und stumpfen Sprüche, die auf Vorurteilen beruhen und Diskriminierung zum Ziel haben. Beileibe nicht stammen sie nur aus dem Mund überzeugter Rechtsextremisten. Die Grenzen sind fließend. Rechte Parolen sind auch Gemeingut an vielen Stammtischen und anderswo, so im Sportverein, auf Familienfeiern, in Verkehrsmitteln, im Supermarkt.

Jonas Lanig und Marion Schweizer versuchen in ihrem Buch „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg – Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt“, 44 verbreitete Vorurteile systematisch auseinanderzupflücken. In zehn Kapiteln zu den Themenbereichen Bevölkerung, Arbeit, Wohnen, Bildung, Kriminalität, Soziales, Integration, Frauen, Vergangenheitsbewältigung und staatliche Ordnung werden die gängigsten rechten Parolen widerlegt und zahlreiche rhetorische Gegenstrategien vorgestellt. Die Autoren geben zu jedem Stichwort viele wichtige aktuelle Informationen, wissenswerte Fakten und Hintergrundergänzungen, weitere Hinweise und Internetlinks, die jeder einzelnen Propagandalüge die Luft aus den Segeln nehmen. Angereichert sind die einzelnen Punkte auch durch Zitatkästen, Tabellen, Grafiken, Cartoons oder Fotos. Den bloßen Fakten werden häufig Portraitaufnahmen von betroffenen Menschen gegenübergestellt, die in Form von persönlichen Zitaten selbst zu Wort kommen. Dem rassistischen Konzept der Verallgemeinerung und Kategorisierung nach Hautfarbe, Herkunft et cetera wird damit mit einem Konzept des Individuums begegnet.

Zur weiteren Vertiefung finden sich im Anhang noch zahlreiche Literaturhinweise und hilfreiche Links zu den zehn Kapiteln, ferner zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus, rechte Gewalt, Gewaltprävention in der Jugendarbeit. Das Buch eignet sich hervorragend als Nachschlagewerk, das man jederzeit parat haben sollte. *Astrid Ellermann*
Jonas Lanig/Marion Schweizer, „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt, Mülheim 2003 (Verlag an der Ruhr), 246 Seiten, 13,80 EUR.

Bücherschau

Opas Filme

Die Nationalsozialisten nutzten das Massenmedium Kino als reines Propagandainstrument.

Welches Bild haben wir eigentlich vom Dritten Reich? Es „ist das von diesem Regime selbst erzeugte Bild,“ schreibt der Historiker und Philosoph Bernd Kleinhaus in seinem Buch über die Kinopolitik der Nationalsozialisten. Jede „beliebige Dokumentation im Fernsehen“ müsse nahezu ausschließlich auf Bildmaterial von Parteitagfilmen, Propagandaspielfilmen oder der Wochenschau zurückgreifen. „Natürlich wissen wir, dass diese Bilder manipuliert sind und dass sie lügen. Aber: Das sehen wir nicht,“ resümiert der Autor.

„Ein Volk, ein Reich, ein Kino“ ist eine umfassende Untersuchung eines des wichtigsten nationalsozialistischen Propagandainstrumente. Diese ließ den Kinosaal „zum Ort der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ werden, „wo der Führer durch seine übergroße Leinwandchimäre das Volk beherrschte.“ Und auch, wenn die NSDAP mit jenem Konzept schon vor der Machtergreifung Mitläufer rekrutiert oder ihre Kader gefestigt hatte. Erst nach 1933 schuf die Partei, ihr Propagandaminister Joseph Goebbels und dessen Ministerium ein Netz von Institutionen, Gesetzen und finanziellen Verflechtungen zwecks Beherrschung der Kinolandschaft. Am Ende stand die „totale“ Verstaatlichung von der Filmproduktion bis hin zur Vorführung, wobei laut Kleinhaus die „Universum-Film AG“ (Ufa) mit ihrer „zentralistischen Steuerung und Verflechtung bis in die Provinz schon das Modell für die künftige Gleichschaltung des Filmwesens“ geboten habe.

■ Die als Vorfilm getarnte „Wochenschau“ war „kriegswichtig“ ■

Kleinhaus hat nicht nur detailliert nachgezeichnet, wie sich die NSDAP die Kinolandschaft untertan machte. Ebenso hat er auch Machart und suggestive Wirkung von Filmen analysiert, etwa die des antisemitischen Propagandastreifens „Jud Süß“, des scheinokumentarischen Hetzfilms „Der ewige Jude“, der Komödien mit Heinz Rühmann und Leni Riefenstahls „Triumph des Willens“. Und auch, so

der Autor, wenn es aktuelle Propagandamedien wie das Radio und die Presse gab, sei es doch erst dem Vorläufer des Fernsehen möglich gewesen, die Menschen halbwegs zeitnah „emotional und ideologisch“ zu manipulieren. Als Bestandteil des NS-Kinos analysiert Kleinhaus daher ebenso die „Wochenschau“ und weist darauf hin, dass sie als Vorfilm getarnt „kriegswichtig“ war. Der Historiker zitiert dazu aus einem Abkommen zwischen Propagandaministerium und Militär: „Der Propagandakrieg wird in seinen wesentlichen Punkten neben dem Waffenkrieg als gleichrangiges Kriegsmittel erkannt.“

Ein „wirkliches Verständnis der nationalsozialistischen Propagandapolitik“, schreibt Kleinhaus zudem, sei „nicht ohne den Blick auf die Provinz möglich“. Das „flächendeckende Massenmedium“ Kino habe deren „Anbindung an die Machzentrale“ in Berlin dienen sollen. Hierzu bereisten etwa mobile Filmtrupps der „Gaufilmstellen“ – 1941 besaßen diese 835 „Tonfilmwagen“ – selbst „abgelegenste Bereiche Oberschlesiens, Pommerns und des Bayerischen Waldes“. Dort kam es dann in Wirtshaussälen, Zelten oder auf Marktplätzen zu Filmvorführungen im Sinne „nationalsozialistische(r) Kulturfeier(n)“. Denn: „Propagandainszenierungen wie Militärparaden, Führergeburtstage und Reichsparteitage wurden erst durch ihre filmische Verbreitung zu Ereignissen, an denen das ganze Volk optisch wie emotional teilnehmen konnte.“ Dennoch sei zu bedenken, dass es der NSDAP nicht gelungen sei, so das individuelle Denken der Menschen auszuschalten. Denn verschiedene Lebensumstände – etwa in den Metropolen und der Provinz – oder unterschiedliche Grundstimmungen während des Kinoprogramms führten bei immergleichen Filminhalten zu unterschiedlichen Schlüssen.

„Das NS-Kino war weniger wirksam“, resümiert Bernd Kleinhaus, „als es sich Goebbels und seine Propagandisten vorstellten. Es war aber weit effektiver, als der heute verharmlosende Blick auf ‘Opas Kinos’ annehmen lässt.“ Denn insbesondere in den Anfangsjahren gelang es den Nationalsozialisten so, latente Ressentiments in der Bevölkerung zu stärken und Männer oder Jungen für die Partei und den Krieg zu begeistern.

Michael Klarmann

Bernd Kleinhaus, Ein Volk, ein Reich, ein Kino. Lichtspiel in der braunen Provinz, Köln 2003, (Verlag PapyRossa), 230 Seiten, 14,95 EUR.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Wie auf der NPD-Internetpräsenz zu lesen ist, hat der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in einem Brief vom 17. August den australischen Ministerpräsidenten John Howard darum gebeten, das gegen ihn verhängte Einreiseverbot aufzuheben. Nicht ohne Grund wähnt Voigt politische Gründe für die abweisende Haltung der australischen Behörden und vermutet „eine Einflussnahme durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland“. Der NPD-Vorsitzende sollte im Juli auf Einladung des „Sydney-Forums“, einer rechtsextremen überparteilichen Vereinigung in Australien (One Nation und Australia First), in Sydney sprechen. Die Einreise wurde nach NPD-Angaben mit der Begründung abgelehnt, Voigt würde erstens die Beziehungen zwischen Australien und anderen Ländern stören und zweitens „direkt oder indirekt über Massenvernichtungswaffen verfügen“. Als Kontakt in Australien wird der umtriebige Deutsch-Australier Welf Herfurth genannt, der nach Presseberichten 2001 als damaliger Vorsitzender der One Nation Party in Riverstone (West-Sydney) zugeben musste, in den frühen 80er Jahren in der NPD Bayern aktiv gewesen zu sein.

■ **Herboldshausen** – Der völkisch-antisemitische Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG) hat Probleme mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall wegen Umbauarbeiten an der Tagungsstätte „Jugendheim Hohenlohe“ in Herboldshausen. Dies geht aus einem Bericht der „Heilbronner Stimme“ hervor. Demnach hat der Verein einen als Aufenthaltsraum genutzten Schuppen räumen müssen. Die gesamte Baumaßnahme war bereits vorigen Herbst von der Behörde eingestellt worden, da der BfG mit dem Ausbau des Kellers und des zweiten Dachgeschosses angefangen hatte, bevor das Amt die nötige Baugenehmigung erteilte. Für den BfG seien Hartmut und Gudrun Klink aus Künzelsau an den Verhandlungen mit der Kreisbehörde beteiligt gewesen, so das Blatt. In Herboldshausen finden regelmäßig Sonnwendfeiern, Schulungen und Feriencamp statt.

■ **Kolbermoor** – „Wo finde ich Kontakt zu Nationalliberalen in der FDP? Gibt es solche auch in Bayern? Bitte helfen Sie mir!“, schrieb Andreas Wisuschil, Vorsitzender des neu gegründeten FDP-Ortsverbands Kolbermoor, kürzlich im Forum der

„Neuen Freiheit“. Zum Meinungsaustausch eingeladen sind dort „insbesondere Menschen mit Freiheitlicher, Konservativer oder Nationalliberaler Gesinnung“. Wisuschil bekennt, vor einigen Monaten erwogen zu haben „für die Republikaner als freier Kandidat zum Stadtrat zu kandidieren“. Mitglied der Münchner CSU sei er zwischen 1998 und 2001 gewesen, schreibt der Student der Rechtswissenschaft auf der Homepage seines FDP-Ortsverbands. „Freiheit statt Kasperltheater, Freiheit statt Entmündigung, Freiheit statt 'Politischer Korrektheit'“ ist dort zu lesen. Als libertärer Radikal-Demokrat nehme er alle Meinungen mit auf, welche nicht durch die Strafgesetze ausdrücklich verboten sind, so der gelegentliche Autor der „Jungen Freiheit“ bedeutungsschwanger. Wisuschil sitzt ferner der im Jahr 2001 gegründeten Akademie für Geostrategie e.V. in München vor. Neben der Juristerei habe er nämlich „auf autodidaktischer Basis das interessante Fach der Geopolitik ausführlich studiert (Geopolitiker)“.

■ **Köln** – Das Bundesamt für Verfassungsschutz listet in einer internen Studie (Sommer 2003) folgende „rechtsextremistische Liedermacher“ auf: Friedrich Baunack, Enrico Ehler, Jörg Hähnel, Lars Hellmich, Veit Kelterborn, Andre Lüders, Björn Millahn (alias „Kojack“, „Munin“), Annett Moeck, Michael Müller, Matthias Pass, Frank Rennicke, Nico Schiemann, Sten Söndel, Robert Stange und Manuel Zieber.

■ **Magdeburg** – Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten in Sachsen-Anhalt war im ersten Halbjahr 2003 mit 20 Vorfällen (Vergleichszeitraum 2002: 38) rückläufig. Der polizeilichen Staatsschutzstatistik zum Halbjahrestrend zufolge sind auch die fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten von 22 auf 9 Delikte zurückgegangen. Die politisch motivierten Straftaten „rechts“ haben sich demnach insgesamt um 24,7 Prozent (minus 68) auf 207 Vorkommnisse reduziert.

■ **Mannheim** – Verschiedene neonazistische Gruppierungen haben ein „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ gegründet. Dem „Aktionsbüro“, das die „herrschenden Machthaber“ ablehnt und den „Kampf für einen sozialen deutschen Staat, der auf den Grundbausteinen der Volksgemeinschaft aufbaut“, führen will, gehören die „Kameradschaft Bergstraße“, die „Deutschen Sozialisten/AO“, das „Neue Mannheim“, die „Kameradschaft Hockenheim 'Hate Crew Germany'“, die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft/Junge Deutsche Rhein-Neckar“

und die „Kameradschaft Vorderpfalz“ an. Domaininhaber der Homepage des „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ ist Winfried Bauer aus Mannheim.

■ **Potsdam** – Das Landeskriminalamt Brandenburg hat einer Pressemitteilung zufolge eine weitere CD-Indizierung bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften veranlasst. Die CD „Deutschland erwache“ der Gruppe „Commando Pernod“ war im Zuge einer Durchsuchungsaktion gegen einen mutmaßlichen Händler rechtsextremer Musik-CDs in Frankfurt (Oder) sichergestellt worden. Bei der Durchsuchung waren insgesamt 84 CDs und Musikkassetten beschlagnahmt worden. Darunter befand sich auch die nach Angaben des LKA bis dahin nicht bekannte CD „Deutschland erwache“. Das LKA hat damit in diesem Jahr insgesamt sieben rechtsextreme Musik-CDs, eine CD mit gewaltverherrlichender Musik sowie eine CD-ROM mit rechtsextremen Texten zur Indizierung weitergeleitet. Im vergangenen Jahr waren vom LKA neun CDs zur Indizierung weitergegeben worden. Auf der jetzt zur Indizierung weitergeleiteten CD heißt es unter anderem: „Wir haben Pech, dass uns Schweine regieren. Wir werden uns wehren, sie müssen krepieren“, oder „Wir kämpfen für unser deutsches Vaterland und stecken die Asylantenblöcke in Brand“. An anderer Stelle der CD heißt es: „Weg mit diesen Parasiten, wir müssen Neger und Türken verbieten. Und wenn sie nicht von alleine geh'n, dann ist es eben um ihr Leben gescheh'n“.

■ **Schönau** – Der rechtsextreme Verein „Stahlhelm-Saar“ hielt an der Grabesstätte von Albert Leo Schlageter im Schwarzwaldstädtchen Schönau eine Gedenkveranstaltung ab. Die Rede am Grab von Schlageter hielt Gerhard Ambrosius, vormals NPD-Bundesvorstandsmitglied. Schlageter war als Mitglied eines rechtsterroristischen Freikorps in den 20er Jahren an der Sprengung von Eisenbahnbrücken und Zügen im Ruhrgebiet beteiligt, wofür er 1923 von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt wurde. In rechtsextremen Kreisen gilt Schlageter als „Märtyrer des Ruhrkampfes“ und „Freiheitskämpfer“.

■ **Stockstadt** – Im süddeutschen Raum soll vom 17. Oktober bis zum 22. Oktober die 27. Gästewoche des Freundeskreises Ulrich von Hutten (Stockstadt) und der Deutschen Kulturgemeinschaft stattfinden. Lisbeth Grolitsch (Graz), Vorsitzende beider Vereine, weist in ihrer Einladung darauf hin, dass die „Begeisterung für unser deutsches Volk und

die unabdingbare Treue zu ihm und seinem Schicksal den geistigen Hochflug und die psychische Erlebnistiefe unserer Gästewochen verbürgen, die sich dadurch immer wieder ausgezeichnet haben.“ Grolitsch, erklärte Anhängerin des NS-Rassentheoretikers Hans F. K. Günther, weiter: „Gemeinschaft und Kameradschaft noch erleben zu können in der uns umgebenden Sumpflandschaft sittlichen und politischen Niedergangs, daran sollten Sie alle teilhaben dürfen.“ Auf den „weltanschaulichen Grundlagen der biologischen Wahrheit, der geschichtlichen Wahrheit und der sittlichen Wahrheit“ wollen sich die Kameradinnen und Kameraden während der Gästewoche den „Grundlagen auf dem Weg Europas zur Ordnungsmacht“ nähern. Als Referenten dazu sind unter anderem die ehemaligen Kader beziehungsweise Mitglieder der 1994 verbotenen Neonazi-Gruppierung Wiking-Jugend Sepp Biber, Eric Kaden, Wolfram Nahrath, Mathias Ries und Hartmut Wilhelm angekündigt.

■ **Tübingen** – Der baden-württembergische Landesparteitag der Deutschen Partei (DP) in Tübingen bestätigte die Landesvorsitzende Jutta Retz (Ex-REP-Landesvorstandsmitglied) in ihrem Amt. Stellvertreter wurden Lothar König (Ex-REP-Landtagsabgeordneter) und Karl Walter. Als Landesgeschäftsführerin fungiert Hannelore Schmid (Funktionärin des Schutzbund für das deutsche Volk, Ex-REP-Mitglied), als Schatzmeister Ulrich Woyte (Ex-REP-Mitglied). Als Gäste traten Karl August Schaal (Ex-REP-Landesvorstand), Jürgen Schützinger (Deutsche Liga für Volk und Heimat) und Gerhard Pfeiffer (Ex-Landesvorsitzender der Schill-Partei) auf. Seit Frühjahr 2003 ist die Deutsche Partei Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden. Die Deutsche Partei rekrutiert sich aus einer Vielzahl ehemaliger Mitglieder der Republikaner und stützt sich auch beim Organisationsaufbau auf ehemalige REP-Funktionäre.

■ **Weikersheim** – Das rechtslastige Studienzentrum Weikersheim (SZW) veranstaltet vom 22. bis 26. September eine Tagung zum Thema „Die Osterweiterung der Europäischen Union – Geschichtliche und kulturelle Identität, politische Chancen und ökonomische Probleme“. Als Referenten sind neben anderen Bernhard Friedmann (Ex-CDU-Bundestagsabgeordneter), Anton Rauscher (Referent beim rechtsklerikalen Initiativkreis katholischer Laien und Priester) und Tadeusz Guz (Referent bei der ultrarechten Psycho-Sekte Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis) geladen. Präsident des SZW ist Klaus Hornung, der „seit zwan-

zig Jahren eine zentrale Mittlerrolle zu den extremen Rechten einnimmt“ (Hajo Funke). Angaben des Berliner Rechtsextremismusexperten Funke zufolge gibt es „kaum eine rechtsextreme Kulturvereinigung in Deutschland, mit der Klaus Hornung nicht kooperiert hätte“.

Ausland

■ **Bolivien (Santa Cruz)** – Heinrich Lutz, Geschäftsführer der 1991 gegründeten Interglobal Trading S.R.L. in Santa Cruz de la Sierra in Bolivien, informiert per Mail-Rundschreiben deutschsprachige Gleichgesinnte über den Ausbau seines 200 Hektar umfassenden Projekts „Alpenland“. Seine „Oase“ („Außenposten“ in Bolivien), mit Obstanbau, Tierzucht und einem kleinen Wirtshaus, will Lutz „zusammen mit Gleichgesinnten in unseren Sinne“ weiter ausbauen. Auswanderungsfreudigen Kameraden teilt Lutz mit, dass „schlüsselfertiges Bauen in bester deutscher Qualitätsarbeit“ vor Ort möglich sei. Lutz schließt sein Rundschreiben mit den Worten des noch letzten lebenden Kommandeurs der „Leibstandarte Adolf Hitler“ (LAH), Otto Kumm: „Wir alle haben noch eine Aufgabe zu erfüllen.“ Lutz wanderte Anfang der 90er Jahre nach Bolivien aus, da ihm die „staatliche Allmacht“ in Deutschland zu groß war. Zuvor war er für die NPD in Oberbayern aktiv. Mit Anzeigen in der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ macht Lutz in einschlägigen Kreisen immer wieder auf sich aufmerksam.

■ **USA (Birmingham/Alabama)** – Die Gerichtsverhandlung gegen den am 31. Mai verhafteten Rechtsterroristen Eric Rudolph (BnR 12/03) wird voraussichtlich erst Mitte 2004 stattfinden. Rudolph, 36, wird beschuldigt, im Jahre 1996 einen Bombenanschlag auf den Olympiapark in Atlanta sowie weitere Bombenattacken auf zwei Abtreibungskliniken und eine Homosexuellen-Bar verübt zu haben. Bei diesen Anschlägen wurden insgesamt zwei Personen getötet und über 120 Personen zum Teil schwer verletzt. In einer Anordnung des Vorsitzenden Bundesrichters C. Lynwood Smith heißt es nun, das Gericht als auch die Verteidigung seien übereingekommen, dass eine Eröffnung des Verfahrens aufgrund der Fülle und Komplexität der Anschuldigungen erst in einem Jahr realistisch sei. Richter Smith ordnete an, zukünftig alle diesen Fall betreffenden Dokumente im Internet zu veröffentlichen, um die enorme Nachfrage der Medien und der Öffentlichkeit zu befriedigen und die Gerichtsmitarbeiter zu entlasten.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 18/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

■ **USA (East Peoria/Illinois)** – Die rechtsextreme US-amerikanische Organisation World Church of the Creator (WCOTC) treibt seit der Inhaftierung ihres Anführers Matt Hale im vergangenen Januar weiter kopf- und namenlos in die Bedeutungslosigkeit. Im Oktober 2002 war ihr gerichtlich der öffentliche Gebrauch des Namens verboten worden. Unter der Adresse <http://www.matthale.org> wurde jetzt eine Spendenaktion gestartet (alle üblichen Kreditkarten werden akzeptiert). Es ist aber fraglich, ob die nun unter dem Namen Creativity Movement laufende Organisation mit einem lange Zeit inhaftierten Vorsitzenden überleben kann. Matt Hale drohen bei einer Verurteilung bis zu 30 Jahre Haft (BnR 14/03).

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.